

ANTRAG

Zu Punkt 8.4
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.06.2019

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich

am 27. Juni 2019



Wien, 6. Juni 2019

**Faire Besteuerung der Onlineaktivitäten internationaler Konzerne -
Die Digitale Betriebsstätte muss endlich her!**

Noch immer erwirtschaften multinationale Konzerne wie Google, Facebook und Amazon durch Online-Aktivitäten Millionengewinne in Österreich, die hier weder versteuert werden noch zur österreichischen Wertschöpfung beitragen. Die gesprengte türkis-blaue Bundesregierung hat es während der Ratspräsidentschaft offenbar verschlafen, einen Beitrag zur gerechten Besteuerung der Online Betriebe auf EU Ebene beizutragen. Und auch auf nationaler Ebene hat sich nicht viel bewegt: die Online Werbeabgabe kann einfach weiterberechnet werden und belastet dadurch in erster Line Klein- und Mittelbetriebe sowie KonsumentInnen. Währenddessen kommen die international agierenden Internet-Riesen mit einer Mini – Flat-Tax davon. Um gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Wirtschaftsbetriebe zu fördern, braucht es Mut zur Umgestaltung unseres Besteuerungssystems. Nur durch die Einführung einer digitalen Betriebsstätte, können die Gewinne der multinationalen Digitalkonzerne auch dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Bereits im November 2018 wurde im Wirtschaftsparlament der Einsatz für eine Regelung der Digitalsteuer die Chancengleichheit unter den UnternehmerInnen schafft, beschlossen. Die digitale Betriebsstätte solle als Modell vorerst aber noch geprüft werden. Die Zeit des Stillstands ist nun abgelaufen. Keine andere Maßnahme war bisher besser geeignet, um eine echte Besteuerung von Digitalgewinnen zu erzielen. Als VertreterInnen der österreichischen UnternehmerInnen müssen wir die digitale Betriebsstätte jetzt angehen.

Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Österreich setzt sich dafür ein, dass

- die Bundesregierung die Online-Werbesteuer nicht umsetzt und stattdessen die digitale Betriebsstätte als Grundlage einer fairen Besteuerung der grenzübergreifenden Erträge aus Online-Aktivitäten einführt,
- die Besteuerung so gestaltet wird, dass auch bestehende und diskutierte Werbesteuern obsolet und abgeschafft werden,
- das Wettbewerbs- und Kartellrecht gegenüber digitalen Großkonzernen gestärkt wird,
- das österreichische Medienrecht auf Internet-Medien und große Social-Media- Plattformen strikt anzuwenden ist,
- Initiativen zur gerechten Besteuerung der Gewinne von Online-Konzernen auf EU Ebene abzielen, intensiv und engagiert weiter vorangetrieben werden.


Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Katarina Pokorny
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Dkkfm. Ing. Konrad Maric
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich